Street View

Zusagen von Google

[05.05.2010] Der Google-Konzern hat zugesagt, den umstrittenen Internet-Dienst Street View in Deutschland erst zu starten, wenn die Widersprüche von Bürgern vollständig umgesetzt sind. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, Sammelwidersprüche einzureichen.

Der Internet-Dienst Google Street View wird in Deutschland erst starten, wenn die von Bürgern eingereichten Widersprüche vollständig umgesetzt sind. Das hat der Konzern in einem Gespräch mit Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner zugesagt. Nach Angaben des Ministeriums müssen die betreffenden Wohnungen, Häuser und Gärten vollständig unkenntlich gemacht werden, bevor der Dienst freigeschaltet wird. Auch die Rohdaten der beanstandeten Aufnahmen sind unkenntlich zu machen. Leitende Unternehmensvertreter von Google erklärten sich bei dem Treffen zudem bereit, auch Sammelwidersprüche von Städten und Gemeinden mit den Unterschriften von Bürgern zu akzeptieren. Um Verwechslungen oder Missbrauch zu vermeiden, arbeitet Google an einem Verfahren, mit dessen Hilfe Bürger ihrem Widerspruch das korrekte Bildmaterial eindeutig zuordnen können. Das Unternehmen befinde sich eigenen Angaben zufolge in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden, um ein möglichst verbraucherfreundliches und unbürokratisches Verfahren für solche Sammelwidersprüche zu finden. Damit sollen künftig nicht nur einzelne Objekte, sondern gegebenenfalls auch ganze Straßenzüge bei Street View unkenntlich gemacht werden können, wenn alle Eigentümer oder Bewohner dies wünschen.

(rt)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Google Street View, Ilse Aigner, Bundesverbraucherschutzministerium (BMELV), Datenschutz, Privatsphäre